

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bestandteile: Nachrichten Dresden
Korrespondenz-Gemeinschaft: 25241
Aus für Werbung: Nr. 20011
Schulung u. Hauptgeschäftstelle:
Dresden-K. 1, Waisenstraße 28/29

Bezugsgebühr vom 1. d. M. 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM.
Wochengebühr für Monat Juli 5.40 RM. ohne Postaufschlaggebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmaß berechnet; die einseitige 20 mm breite Zeile
25 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen u. d. Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 25 Pf., die 20 mm breite Werbeanzeige 200 Pf., außerhalb 300 Pf., Ceteris paribus 20 Pf.
Kunstliche Kultur gegen Vorzugsbehandlung.

Druck u. Verlag: Bleich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unerwünschte
Schreibsiche werden nicht aufbewahrt

Schutzzollfreie im Londoner Kabinett Das Unterhaus fordert klare Entscheidung

Industrieschutz beseitigt Erwerbslosigkeit

London, 31. Juli. Im Unterhaus wird morgen das Arbeitermitglied Alexander den Premierminister fragen, ob die Politik der Regierung in der Frage des Industrieschutzes in der Unterhausrede des Schatzkanzlers Churchill vom 21. oder in der Rede des Innenministers Johnson Pids vom 28. d. M. korrekt zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Rede des Innenministers hat auch solche Unklarheiten im Kabinett hervorgerufen, das am Mittwoch eine besondere Kabinettsitzung stattfinden.

Im Unterhaus wurde eine Versammlung konservativer Parlamentsmitglieder abgehalten, die eine dem Premierminister vorzulegende Entschliessung über die Industrieschutzpolitik annahm. Darin wird versprochen, die Politik Baldwin's betreffend Reichsvorzugsbehandlung und Industrieschutz, wie es bei den letzten Parlamentswahlen angekündigt wurde, loyal zu unterstützen, und es wird erklärt, daß die Industrieschutzpolitik das beste Mittel zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit in vielen Industrien einschließend der Eisen- und Stahlindustrien bilde.

Die Unklarheiten im Kabinett gehen darauf zurück, daß der Innenminister in seiner Rede vorzeitig die Einkhellung der Regierung zur Schutzzollfrage preisgegeben hat. Baldwin hatte erst im September auf die Wünsche der Eisen- und Stahlindustrien öffentlich antworten wollen. Konservatives Eisen- und Stahlindustrielle haben jetzt Baldwin versichert, daß sie mit ihren Forderungen nichts Heißelloses gegen den Ministerpräsidenten begehren wollten.

In der Rede, die den Anlaß zu der Anfrage im Unterhaus gab, hat der Innenminister Pids u. a. ausgeführt: Wir nähern uns der Zeit, in der wir eine neue Politik erwägen müssen. Die Einnahmen in den geschützten Industrien sind um zehn Prozent gestiegen. Diese Tatsache wird den Wählern bei den nächsten Wahlen unterbreitet werden. Wir führen heute 4 1/2 Millionen Tonnen

Stahl, die hier hergestellt werden könnten. Vor erst zwei Tagen sagte einer der größten Schiffbesitzer im Lande zu mir: „Wenn ihr den Industrieschutz auf Eisen und Stahl anwenden würdet, so würdet ihr in zwölf Monaten weiteren 100 000 Mann Erwerb schaffen.“ Dieses ist ein ernstes Argument für eine Regierung. Wir haben uns zwar verpflichtet, während dieser Parlamentssession nichts in der Art eines allgemeinen Schutzgesetzes einzuführen, aber im nächsten Jahre muß diese Frage entschieden werden. Ist die konservative Partei bereit, die Politik des Industrieschutzes auszuweichen mit dem Zweck, den Handel und Erwerb Englands zu bessern? Wenn die konservative Partei eine Politik will, die über das hinausgeht, was wir tun können, um die fürchtbaren schwarzen Vögel der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, um Freiheit, Glück und Zufriedenheit den großen Massen des Volks zu bringen, so werden wir zwischen jetzt und den nächsten Wahlen sehr ernstlich eine Ausdehnung der Politik des Schutzes für die Industrie unseres Landes erwägen müssen.

Die gesamte Öffentlichkeit interessiert

„Daily Telegraph“ erwartet, daß das Kabinett diese Woche die Frage ministerieller Verantwortlichkeit erörtert, um eine Verständigung bezüglich der Reden von Kabinettsmitgliedern über die Frage des Industrieschutzes zu erreichen. „Daily Chronicle“ spricht von einer akuten Krise, die gestern am späten Abend im Kabinett eingetreten sei. Das liberale Blatt will wissen, daß der Kolonialminister Amery seinen Rücktritt eingereicht habe, aber erlucht worden sei, diesen Schritt noch einmal zu erwägen. Die Stellung des Ministers des Innern sei zweifelhaft. „Morning Post“ widerspricht der Darstellung, daß im Kabinett eine Spaltung herrsche, wenn es auch richtig sei, daß Amery in der Industrieschutzfrage im Gegensatz zu seinen Kabinettskollegen stehe. Das große Interesse, das gegenwärtig die Öffentlichkeit der Frage des Industrieschutzes widmet, kommt darin zum Ausdruck, daß „Daily Telegraph“ heute eine Sonderbeilage über diese Frage veröffentlicht. Darin bringen in 60 Aufsätzen führende Politiker und Wirtschaftsfachverständige der Konservativen, der Liberalen und der Arbeiterpartei ihre Stellungnahme zu diesem Problem zum Ausdruck.

Noch keine Antwort Stresemanns Gründe gegen die Pariser Reise

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 31. Juli. Auf die Einladung der französischen Regierung, zur Unterzeichnung des Paktess nach Paris zu kommen, hat der Außenminister Dr. Stresemann bisher noch nicht geantwortet. Wann seine Antwort erfolgen wird, hängt offensichtlich mit der allgemeinenpolitischen Situation rings um die ganze Kellogg-Paktfrage zusammen. Von rechts stehen der Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß es vielleicht besser wäre, wenn ein deutscher Außenminister sich an das französische Beispiel hielte und unter den gegebenen deutschen Verhältnissen nicht nach Paris reise. Es wird daran erinnert, daß in der gesamten Zeit zwischen 1871 und 1914 nicht einmal ein französischer Außenminister aus naheliegenden Gründen die deutsche Reichshauptstadt aufsucht hat. Zum anderen dürfte der deutsche Außenminister auch durch die Situation nachdenklich geworden sein, die sich für den Staatssekretär Kellogg selbst in Amerika zu ergeben scheint. Einmal steht dort durchaus noch nicht fest, ob Kellogg überhaupt die Billigung des amerikanischen Senats finden wird. Des weiteren hat die Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington großes Aufsehen erregt, nach der sich Staatssekretär Kellogg mit der ernüchterten Absicht tragen soll, der Unterzeichnung des Antikriegspaktes in Paris fernzubleiben. Als Grund werde die von verschiedenen Seiten geäußerte Absicht angegeben, daß in Paris die Frage der Revision der Kriegsschulden angeschnitten werden solle.

Es ist selbstverständlich, daß wenn schon die eben vorgetragenen Gründe dem deutschen Außenminister zu einem Fernbleiben von Paris nicht genügen sollten, die Parisreise Dr. Stresemanns zum mindesten von der gleichzeitigen Anwesenheit des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, des Initiators des Paktes, abhängig sein sollte. Die Chicagoer Meldung wird in einem Berliner Mittagsblatt dahin kommentiert, daß sie von einem Oppositionsblatt ausgehe. Wenn freilich die „S.“ weiter schreibt, daß Kellogg von niemand in Paris bei seiner Anwesenheit gezwungen werden könne, in Besprechungen über die Revision der Kriegsschulden einzutreten, so ist dieses Argument nicht sehr stichhaltig. Bekanntlich wird Kellogg wie auch der deutsche Außenminister in Paris Gast der französischen Regierung sein, und wenn der Gastgeber bei dieser Gelegenheit diese oder jene Frage anspricht, so dürfte es selbst einem gewiegten Diplomaten nicht ganz leicht sein, sich den Antworten drück zu entziehen. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß die „Chicago Tribune“ und der „New York Herald“ an der Spitze des Kampfes gegen den Kellogg-Pakt stehen und jetzt schon den amerikanischen Senat zu bestimmen versuchen, dem Pakt die Zustimmung zu verweigern. Man sieht also, daß die ganze Paktfrage durchaus noch auf unsicheren Füßen steht.

Freiheit für Rüstungen!

Paris zur Chamberlain-Erklärung

Paris, 31. Juli. Die Mitteilung Chamberlains im Unterhaus, daß zwischen Frankreich und England ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage zustande gekommen sei, erregt in Paris lebhaftes Interesse. In den bisherigen Mitteilungen der Marineabwärtigen fanden die französische und die englische Auffassung einander sehr gegenüber. Die Franzosen verlangten eine einseitige Tonnagebeschränkung, während die Engländer darauf bestanden, daß im voraus die Einzelheiten des Flottenprogramms den Mächten mitgeteilt würden. „Wenn diese Meinungsverschiedenheiten nunmehr beseitigt sind“, schreibt hierzu der „Matin“, „so muß man hierfür politische Gründe annehmen. In seiner Rede spielte Außenminister Chamberlain auf die schwachen Landkreiskräfte über die die englische Armee verfüge. Man kann also annehmen, daß zwischen Frankreich und England eine Verständigung dahin erzielt wurde, um einerseits der britischen Admiralität Freiheit zu geben, ihre Auffassung zu verwirklichen, andererseits der französischen Armee die Freiheit, ihre Rüstungen so zu regeln, wie sie es wünscht.“

Das „Journal“ schreibt: Frankreich soll also für seine Landkreiskräfte freien Spielraum erhalten, während es als Ausgleich in einem gewissen Maße sich dem englischen Standpunkte hinsichtlich der Flottenabrüstung anschließen soll.

Nach dem Mißerfolg der Flottenkonferenz zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan, kommt das Problem der Flottenabrüstung normalerweise vor der vorbereitenden Abrüstungskonferenz wieder auf, die wahrscheinlich in diesem Herbst in Genf stattfinden wird.

Amerika baut Kreuzer

Paris, 31. Juli. In der Umgebung des Weissen Hauses in Washington geht nach einer Meldung der französischen Agentur „Radio“ das Gerücht um, daß Präsident Coolidge in Kürze dem amerikanischen Senat den neuen Gesetzesvorschlag über den Bau von Kreuzern, die einen Teil des amerikanischen Schiffbauprogramms bilden, zur Annahme vorlegen wird. Die Abstimmung soll erfolgen, bevor dem amerikanischen Senat der Kriegsvertragsvertrag zur Ratifizierung vorgelegt werden wird. Es steht zu erwarten, daß gewisse republikanische Senatsmitglieder sich energisch diesem Projekt des Präsidenten widersetzen werden.

Therel ein erprobter Freund Frankreichs

Paris, 31. Juli. Der neue Botschafter Englands, Sir William Tyrrel, trat am Montagabend in Paris ein. Er wird am 8. August dem Staatspräsidenten sein Verlaubungs-schreiben überreichen. Tyrrel, der schon lange vor dem Krieg zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt wurde, wird von der Pariser Presse als überaus guter Anhänger der Entente cordiale und erprobter Freund Frankreichs gefeiert. Der

„Zeit Pariser“ stellt fest, daß Tyrrel während des Ruhr einbruchs, als so viel Leute in England, selbst im Schoße der Regierung, offen Frankreich getadelt hätten, immer der energische Verteidiger Frankreichs gewesen sei.

Rumänien versteigert russisches Gut

Protesttelegramm Tschitscherins

Moskau, 31. Juli. Außenminister Tschitscherin sandte an den rumänischen Außenminister ein Telegramm, worin es heißt: Informationen des Außenkommissariats zufolge begann in Galizien die Versteigerung russischen Gutes, das seinerzeit der russischen Armee gehörte, und die Versteigerung von 200 Dampfern aus dem einstigen Besitz der ehemaligen Firma Russisch-Donauische Dampfergesellschaft, die ausschließlich auf Kapital des russischen Reiches aufgebaut war. Gemäß den allgemeinen geltenden Rechtsgrundsätzen gehört das erwähnte Gut unzweifelhaft der Sowjet-Union, gegen dessen Verkauf die Regierung der Sowjet-Union aufs entschiedenste protestiert. Die Sowjet-Union macht die rumänische Regierung für den entstandenen Schaden verantwortlich und erklärt, daß sie sich das Recht der Vergeltung gegenüber dem rumänischen Eigentum, das der Sowjet-Regierung zur Verfügung steht, vorbehält.

Italien-Reise Titulescus

Budapest, 31. Juli. Der bisherige Außenminister Titulescu hat mit dem Smpion-Exproh Budapest verlassen, um sich nach Venedig zu begeben, wo er sich voraussichtlich drei Monate aufhalten wird. Vor seiner Abreise hatte er Besprechungen mit Brattianu, Marinowitsch und dem Vizepräsidenten der Nationalen Bauernpartei.

Mexikos neuer Präsidentschaftskandidat

Der Berliner mexikanische Gesandte

New York, 31. Juli. Wie aus Mexiko Stadt gemeldet wird, handelt es sich bei dem als Präsidentschaftskandidat aufgestellten Obregonistenführer de Regri um den zurzeit auf Urlaub in Mexiko weilenden Berliner Gesandten. Dieser war unter Obregon Landwirtschaftsminister und besitzt daher das Vertrauen der weitesten Kreise der mexikanischen Landwirtschaft. Die Kandidatur de Regri wird daher für sehr aussichtsreich angesehen.

Neue Auflagen des Obregon-Mörders

Nach einem Pressevertreter vorgelassen unlangereichen Polizeibericht, den der Mörder Obregons, Juan de Leon Toral, bestätigt, ist dieser zum Morde durch die zufällige Neukennung einer Nonne verurteilt worden, die ihm gefolgt hatte, die Lage der Kirche in Mexiko würde sich bessern, wenn Obregon, Calles und der Patriarch der schismatischen katholischen Kirche fürben. Er entlastete durch seine Aussagen vollkommen Morones und die anderen Arbeiterführer. (W.B.)

Nobile wieder in Italien

Zufriedenheit über den Empfang in Deutschland

München, 31. Juli. Am Montagabend um 22.35 Uhr trafen General Nobile und seine Begleiter ein. In ihrem Empfang hatten sich auf dem Bahnhof die italienische Kolonne in Stärke von etwa 100 Personen unter Führung des italienischen Generalkonsuls eingefunden, die Nobile mit begeisterten Glosa-Rufen begrüßten und ihm einen Rosenkranz überreichten. General Nobile richtete an die Erschienenen vom Wagen aus einige Worte des Dankes. Die beiden Schloßwagen Nobiles wurden dann abgeholt und an den fahrplanmäßigen Schnellzug München—Verona—Rom angeschlossen, der um 23.11 Uhr den Bahnhof verließ. Von der Münchner Bevölkerung wurde von der Ankunft Nobiles überhaupt keine Kenntnis genommen. Lediglich einige ankommende und abfahrende Reisende brachten ihre Meinungen in mehr oder minder derben Redewendungen zum Ausdruck. Verstärkte Polizei sorgte für glatte Abwicklung des Verkehrs auf dem Bahnhof.

Zu der Durchsicht Nobiles durch München ist ergänzend noch zu berichten, daß Nobile in seinem Wagen auch kurz deutsche und ausländische Pressevertreter empfing. Er gab auf Fragen zurückhaltend Antwort. Dann erklärte er, daß er mit der Aufnahme in Deutschland sehr zufrieden sei. Er sei seit davon überzeugt, daß man ihn später überall herzlich begrüßen werde, wenn inzwischen die Wahrheit über den Verlauf seines Unternehmens bekannt geworden sei. Im Augenblick denke er an nichts anderes, als daß er in vier- undwanzig Stunden seine kleine Tochter wiedersehen werde.

Die italienische Nordpolarexpedition hat Dienstag nacht um 2 Uhr Innsbruck passiert. Der Jua hatte acht Minuten Aufenthalt. Nobile und seine Begleiter schliessen anschließend, denn niemand hier aus dem unbedeutenden Wagen, dessen Fenster dicht verschlossen waren. Am Bahnhof waren nur das Verkehrspersonal und einige Reisende anwesend. Am Brenner hatten sich vierzig Personen eingefunden, die Nobile, der sich am Fenster zeigte, herzlich empfingen. (W. L. B.)

Nobile wird für Dienstag abend mit seinen Gefährten in Rom erwartet. Die Familie des Fliegerleutnants Gallieri ist diesem nach Vailand entgegengefahren. Im Auftrag der Marine wird ein Seeoffizier den Geschützten der „Italia“ in Verona die Grüße der italienischen Marine überbringen. Die römische Presse widmet Nobile überauswünsche Willkommensartikel. Man rechnet damit, daß ein zahlreiches Publikum Nobile auf dem Bahnhof erwarten wird, obgleich kein amtlicher Empfang geplant ist.

Wieder vergebliche Suche nach Amundsen

Oslo, 31. Juli. Wie aus Tromsø gemeldet wird, ist der Seehundfänger „Beslekari“ wieder nach Tromsø zurückgekehrt, nachdem er die Ostküste Spitzbergens und die Bäreninsel vergeblich nach Amundsen und seinen fünf Begleitern abgesehen hat. Der Kapitän des Seehundfängers legt seine letzte Hoffnung auf das Franz-Joseph-Land. Dorthin wird das Schiff unter Kapitän Wiking, der Amundsen auf der „Fram“ und „Maud“-Expedition begleitet hatte, zum Wochenende in See gehen.